



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Vom Reich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

V o m R e i c h.

Wenn man dem Glockengeläute trauen könnte und dem Wehen der schwarz-roth-goldnen Fahnen, so wäre der Tag für das Reich, der schöne Tag, mit welchem die Zersplitterung Deutschlands ein Ende haben soll, bereits aufgegangen. „Kein Oestreich, kein Preußen mehr! ein einiges Deutschland!“ Dieser Toast hat den Erzherzog Johann von Oestreich zum deutschen Reichsverweser gemacht. „Wir haben so lange gefragt, was des Deutschen Vaterland sei!“ rief Herr Raveaux aus Cöln, wahrscheinlich etwas berauscht über die Huldigungen, die ihm, dem Deputirten der Linken, von den Wiener Studenten zu Theil wurden, „jetzt werden wir es nicht mehr fragen, da wir den deutschen Johann an unserer Spitze sehen!“ Alle Fragen wären also aufs beste gelöst, die schleswig-holsteinische, die Tiroler, die Prager, die Posener und was sonst noch für Fragezeichen hinter den Titel des Einigen Deutschland gedruckt wurden — so eben hat der König von Hannover ein neues hinzugefügt.

Ich gebe nicht viel auf Zeichen und Wunder; mit Einem Schlage wird die Verwirrung von Jahrtausenden nicht gelöst. Zwar ist ein höchst bedeutender Schritt geschehn, die Ordnung wieder herzustellen — besser als jene Freudenlocken und Reichsbanner bezeugen es die Courszettel der Börse, die ein fortwährendes Steigen melden —, aber es hieße das Schicksal herausfordern, wenn man auch nur einen Augenblick in ein vorzeitiges Triumphgeschrei ausbrechen und die ernstesten Bedenken verkennen wollte, die in jener Wahl selbst liegen. Betrachten wir zunächst diese Wahl an sich.

Vor Allem müssen wir der Entscheidung des Parlaments, die höchste Würde des Reichs Einem zu übertragen, unbedingt den Vorzug geben vor der Idee der Fürsten, einen dreiköpfigen unverantwortlichen Reichsverweser mit einem Ministerium — wo möglich noch mit einer Fürstenkammer — der Nationalversammlung wie den einzelnen Staaten entgegenzustellen. Eine solche Monstrosität wäre schon in diesem Augenblick schlechter gewesen als der alte Bundestag und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die Aufstellung des Reichsverwesers zwar eine provisorische ist, daß sie aber auch zugleich ein Maß gibt für die Zukunft. Wenn für den Augenblick die Regentschaft sich bewährt, so ist das Uebergewicht der Centralgewalt über die einzelnen Staaten entschieden — ein Uebergewicht, gegen welches ich sonst im Interesse der natürlichen politischen Entwicklung Protest einlegen möchte, das ich aber, wie die Sachen jetzt stehen, bei der gänzlichen Auflösung der beiden Hauptstaaten, als letzte Hoffnung für Deutschland nur freudig begrüßen kann.

Ebenso zu billigen ist der Entschluß der Versammlung, die Wahl aus eigener Machtvollkommenheit vorzunehmen, und die Einwilligung der Fürsten stillschweigend voranzusetzen; zu billigen nicht nach dem Grundsatz der Volkssouveränität, wie ihn die Linke auffaßte, sondern in dem Sinn des Präsidenten nach den Regeln der Zweckmäßigkeit. Denn wenn einmal eine Centralgewalt sein sollte, so war voranzusetzen, daß sich die Versammlung eher darüber einigen würde, als die Fürsten, und bei der loyalen Gesinnung der Majorität konnte man ebenso annehmen, daß die Wahl einen Fürsten treffe, der den übrigen so wenig fatal sein würde, als unter den Umständen möglich. Die kleine Rechtspartei von der strikten Observanz hat nach Gagern's Rede wohl nur pro forma dagegen gestimmt, um das Princip zu wahren, denn der Grundsatz: *silent leges inter arma*, wird ihnen so klar gewesen sein, als ihren Gegnern.

Die vorausgesetzte Einwilligung der Fürsten ist denn auch erfolgt, zuerst von Seiten des Bundestags. Von Oestreich verstand es sich von selbst, die kleinen süd- und mitteldeutschen Staaten folgten jubelnd, die preussische Regierung willigte für diesmal ein, wenn sie auch gegen die weitem Consequenzen des Princips protestirte; nur der König von Hannover hat sich bedenklich ausgesprochen, er will nur vorläufig gegen die formellen und materiellen Unregelmäßigkeiten der Macht keinen Einspruch thun, er will das Weitere abwarten. Wie dem auch sei, wenn noch Einsprüche erfolgen sollten, so werden sie nicht gegen die neue Gewalt an sich erhoben werden, sondern nur gegen die Art und Weise, wie dieselbe sich geltend machen wird.

Gegen die Person des Gewählten läßt sich nichts einwenden. Er steht — ein seltenes Glück für einen Fürsten — trotz seines hohen Alters in seiner politischen Laufbahn rein und unbefleckt da. Er ist stets dem Volke nahe gewesen, er hatte wegen seiner liberalen Gesinnungen Metternich's Ungnade auf sich gezogen. Er gehört endlich dem Fürstenhause an, auf welches — bei der mißlichen Stellung Preußens seinen eignen Radicalen und den Süddeutschen gegenüber — allein die Wahl fallen konnte.

Soweit ist Alles in Ordnung; aber nun folgen die Bedenken. Der Erzherzog war von dem Kaiser von Oestreich zum Commissarius bei dem österreichischen Reichstag bestellt. Er erklärte nun den Frankfurter Deputirten einerseits, seinen lieben Oestreichern andererseits, er wolle beide Geschäfte mit einander vereinigen. Er wolle mit Erlaubniß seines allergnädigsten Herrn zuerst rasch nach Frankfurt reisen, um die Complimente der Versammlung anzunehmen, und dann eifertigst nach Wien zurückkehren, um seine österreichischen Geschäfte zu betreiben. Es sieht also beinahe so aus, als betrachte der Erzherzog seine Reichsverweserschaft als Nebensache, die er heiläufig abmachen könne. Gegen diese Ansicht muß von vornherein auf das Entschiedenste Protest eingelegt werden.

Ich will auf einen Artikel der Wiener Zeitung, der den Erzherzog da-

zu berufen glaubt, ein mitteleuropäisches Reich zu gründen, aus Ungarn, Slaven, Serben, Galiziern, Italienern und Deutschen zusammengesetzt, kein größeres Gewicht legen, als er es verdient. Immerhin drückt er die Ansicht eines guten Theils der Residenten aus, die mit der Wahl ihres Erzherzogs ihre Stadt zum Mittelpunkt des neuen Reichs erhoben glauben. Denn das ist der einzige Sinn jenes blödsinnigen Vorschlags: Wien soll die Residenz werden. Residenz von Deutschland, dazu paßt die Lage nicht recht, daher frischweg Deutschland in das Nebenland eines großen Neu-Habsburgischen Reichs verwandelt. Der biedre Correspondent hofft mit Zuversicht, die Abgeordneten der deutschen Nation würden es sich zur Ehre rechnen, in Wien an der großen kosmopolitischen Versammlung aller Zungen Theil zu nehmen.

Diese Illusionen müssen aufhören. Der Reichsverweser muß vergessen, daß er einen allergnädigsten Herrn hat; noch mehr, er muß aus dieser Unterthanschaft förmlich und feierlich entlassen werden. Den Unterthan des Erbkaisers von Oestreich können wir zu unserm Oberhaupt nicht brauchen. Er muß die Idee aufgeben, zweierlei Geschäfte, von denen jedes einzeln schon fast zu schwer ist für die Schultern eines politischen Herkules, zugleich betreiben zu können. Entweder, oder! Hält er es für wichtiger, den Wiener Reichstag zu leiten, die Streitigkeiten zwischen dem ungarischen Ministerium und dem Ban von Croatien auszugleichen — beides Aufgaben der dringendsten Wichtigkeit, die sich mit der Leitung des deutschen Reichs nicht vereinigen lassen, dann möge er es einem andern Fürsten, oder wenn ein solcher sich nicht finden lassen sollte, dem Präsidenten des Reichstags überlassen, für die allgemeinen Angelegenheiten des Reichs Sorge zu tragen. Aber, wenn er sich für Frankfurt entscheidet, so muß er Wien aufgeben. Der Sitz des Reichsverwesers kann nur da sein, wo der Reichstag aufsteht. Sollte das Parlament aus mittelalterlicher Courtoisie zögern, diesen Grundsatz augenblicklich festzustellen, und einen demgemäßen Entschluß zu erwirken, so träten die einzelnen Staaten wieder in ihre ursprünglichen Rechte ein, denn es wäre absurd, von Preußen, Hannover, Mecklenburg u. s. w. zu verlangen, sie sollten Nebenländer Oestreichs werden.

Angenommen, diese Sache wäre nach Wunsch erledigt, so fragt es sich, was zunächst die Aufgabe der Centralgewalt sein wird. Sie hat ihre Aufmerksamkeit zugleich auf die Stellung zum Ausland und auf die innern Verwicklungen zu lenken.

Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so halte ich dafür, daß zwei Fragen den einzelnen Staaten überlassen bleiben: die Polensche und die Ungarische; nicht aus Rechtsgründen, sondern weil es so zweckmäßiger ist. Die deutsche Centralgewalt hätte vielleicht das Recht, von Oestreich und Preußen Rechenschaft zu fordern über ihre Betheiligung in beiden Fällen, aber es wäre un Zweckmäßig, von diesem Recht Gebrauch zu machen, da einmal diese Angelegenheiten ohnehin schon so verwickelt sind, daß jede Einmischung eines Dritten sie nur noch mehr verwir-

ren könnte, da ferner Ungarn in einem alten Verhältniß zu Oestreich, Posen in einem alten Verhältniß zu Preußen steht, beide aber nicht in dem entferntesten zu Deutschland, da also die beiden Einzelstaaten viel geeigneter sind, sich über jene Verhältnisse ein Urtheil zu bilden, als die Centralgewalt. Erzherzog Johann hat also mit Kossuth und Jellacicz von nun an nichts zu thun.

Dagegen muß der dänische und italienische Krieg, sowie die Friedensunterhandlungen von nun an von der Reichsgewalt in die Hände genommen werden. Für die Besitzungen des Hauses Habsburg in Italien darf kein deutsches Blut weiter vergossen werden, um so mehr, da die Folge eines etwaigen Sieges nichts anders wäre, als eine französische Invasion. Die vorige Regierung Frankreichs — Lamartine und seine politischen Freunde — hatte sich socialistische Aufgaben gesetzt und war daher nach Außen hin friedlich; die neue ist streng militärisch, und würde, namentlich wenn es noch Thiers gelänge, sich Eingang zu verschaffen, wozu jetzt alle Aussichten vorhanden sind, eher geneigt sein, einen Krieg zu suchen, als ihn zu vermeiden. Sobald das deutsche Reich dem König von Sardinien gegenüber als Partei auftritt, wird die Sache eine andere. An eine Abtretung von Wälschtyrol wird, dem Reich gegenüber, der schlaue Savoyer nicht denken — die französische Intervention würde ihm auch nicht eben angenehm sein, und die Entschädigung zu bestimmen, auf die Oestreich die gerechtesten Ansprüche hat, würde sich ein Vermittler finden. Zunächst aber kommt es darauf an, daß die Friedensunterhandlungen — und mit ihnen gemeinsam natürlich ein Waffenstillstand, ernstlich anfangen. Diese Verhandlungen müssen offen geführt werden, wie es einem freien Volke geziemt, daß ganz Europa richten kann, wer Recht habe, und Partei nehme für ihn. Frieden wollen wir haben und ehrenvoll für uns soll er sein, so weit wir im Recht sind.

Dasselbe gilt von dem dänischen Krieg, dem lächerlichsten, den die Weltgeschichte gesehen. Wir schlagen aus allen Kräften, ohne zu treffen. Wir suchen die alten diplomatischen Künste mit all ihrer Geheimnißkrämerei wieder hervor und werden von aller Welt dupirt. Wenn aber die Nationalversammlung und ihr Oberhaupt nicht im Sinne der deutschthümelnden Renommisten, die nach allen Seiten um sich greifen möchten, sondern nach den Rechtsansprüchen, bestimmte Forderungen an Dänemark stellt und diese offen aller Welt darlegt, so wird in kurzer Zeit die Sache beendet sein; wo nicht, so wird doch wohl Oestreich, der einzige deutsche Staat, der eine Flotte haben soll, diese Schiffe zusammensuchen, und sie dem deutschen Oberfeldherrn zur Disposition stellen müssen. England und Frankreich, auf die es hier allein ankommt, werden einem solchen Zuge nicht hinderlich sein, wenn sie klar erkennen, auf welcher Seite das Recht ist.

Die Angelegenheit der Donaufürstenthümer übergehe ich hier. Vielleicht kann diese Wendung der russischen Politik für unsre eigne Entwicklung gedeihlich sein,

da damit die unsinnige Ruffophobie aufhört, mit der unsere Radikalen und Philister in süßem Einverständnis die Aufregung erhalten und den Credit untergraben.

Die internationalen Verhältnisse muß die Centralgewalt in die Hand nehmen, doch kann sie es dann erst wirksam thun, wenn unsere innere Verfassungsfrage erledigt und durch Aufhebung der Zollgrenzen eine deutsche Handelspolitik möglich gemacht sein wird. Für den Augenblick dürfte es deshalb rathsam sein — vielleicht mit Aufhebung des diplomatischen Personals der kleinen, mittel- und süddeutschen Staaten, die Sache zu vertagen.

Die Besetzung des Reichsministeriums wird große Schwierigkeiten machen. Es sind wenig politische Charaktere da, die nicht bloße Phrasen, sondern practische Staatsmänner sind, und die einzelnen Staaten absorbiren eine Menge, die ihnen zur Ordnung ihrer innern Angelegenheiten unbedingt nothwendig sind. In der Nationalversammlung haben sich bis jetzt nur drei Männer von hervorragenden Anlagen bemerkbar gemacht. Ueber den Einen werden alle Stimmen einig sein: Heinrich v. Gagern. Die beiden Andern stehen bei der Linken in übelm Ansehen; man wirft ihnen ihre Vergangenheit vor, natürlich thun es besonders die Männer, die keine Vergangenheit haben, d. h. die noch gar nichts gethan haben, weder Gutes noch Schlimmes. Und doch sind sie die Unvermeidlichen, sobald die abstracte Parteipolemik sich nur einigermaßen gelegt haben wird. Ich meine Radowiz und Graf Arnim.

Soll die Centralgewalt überhaupt einen Sinn haben, so muß sie das dynastische Sonderinteresse zu brechen im Stande sein. Um es brechen zu können, muß sie es aber schonen. Das ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Herr werden über die Sonderinteressen kann sie nur durch die Gunst des Volkes, und dieses ist selber, theils durch Traditionen, wie die altenfränkischen in Preußen, theils durch materielle Beziehungen in jene verflochten. Die Centralgewalt soll einerseits den Völkern die in der Revolution erworbenen Freiheiten garantiren, andererseits der Anarchie gegenüber die Regierungen kräftigen. Im Namen des Reichs werden die Truppen, nicht mehr die Söldner einzelner Dynastien, der Empörung Widerstand leisten.

Ihre Hauptstütze wird die Centralgewalt in den kleinen, an das constitutionelle Leben bereits gewöhnten deutschen Staaten finden. Bis jetzt scheint Oesterreich ihre sicherste Stärke, und man wird sich zu Anfang nur dem Andrängen der österreichischen Hofmänner zu erwehren haben; sobald sich aber herausstellt, daß der Reichsverweser Johann aufhören muß, ein österreichischer Prinz zu sein, sobald die eigentlichen Verwickelungen Oesterreichs, vielleicht schon in dem eben bevorstehenden Reichstage, den Gedanken an „das Reich“ etwas zurückgedrängt haben werden, wird auch von jener Seite eine Reaction eintreten, die jetzt schon in der Wiener Zeitung sich vernehmlich macht. Diese schwarz-gelbe Partei will Alles behalten

und Alles dazu gewinnen. Möge es ihr nicht gehen, wie jenem Hund mit dem Karpfen unterm Wasser, der über dem Schnappen nach dem zweiten, beide verlor.

Von den preussischen Abgeordneten haben fast alle für die Wahl des Erzherzogs gestimmt. Ein gutes Zeichen, da zum Theil die Würdigsten unter Preussens Staatsmännern darin vertreten sind. Die Erklärung des Ministerpräsidenten war bedenklicher, sie kam ungefähr darauf hinaus: Ich hoffe, daß wir uns vertragen werden. Bekanntlich war der Austritt von Robertus aus dem Ministerium und damit der Bruch desselben mit dem linken Centrum, die Folge dieser nur halben Anerkennung. Die große Mehrzahl der Gebildeten ist für das Aufgehn Preussens in Deutschland; doch würde bei der geringsten Verletzung des preussischen Stolzes durch ein Hervorheben Oestreichs eine Reaction eintreten, deren Berechtigung Niemand verkennen würde. In Berlin selbst sieht man die Sache mit dem schläfrigen Lächeln an, das dieser Residenz eigen ist, man bekümmert sich weder um den Erzherzog noch um die Frankfurter Versammlung, man ist in den eignen Kreis gebannt, höchstens nimmt man durch einige Wige davon Notiz, wie ein schlechtes Blatt aus der untersten Schichte, das Oestreich das Sitzfleisch, Preußen den Kopf Deutschlands nannte. Wenn Jacoby den Antrag machte, eben so gegen den Beschluß der Nationalversammlung (die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers), zu protestiren, als auch gegen das Recht Preussens, einen Protest einzulegen, so scheint sich dieser Protest wohl in sich selber aufzuheben, wenigstens aber spricht er für die deutsche Gesinnung der preussischen Radikalen.

Die allerschwierigste Frage habe ich noch gar nicht berichtet, die Frage der Zollgrenzen. Bis dahin ist die Einheit Deutschlands etwas Ideelles, aber hier geht es auf die materiellen Interessen ein und es wird sich dann entscheiden, ob der Reichsverweser den Erzherzog bezwingen wird. † †.